

21. MRZ. 1963

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVIII/56

Bonn, den 21. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die Kulturaufgaben der Bundesrepublik in einer finanzpolitischer Gesamtkonzeption ----- Es geht um die richtige Verteilung der Gewichte Von Klaus Helfer	90
3 - 3a	Ein trübes Kapitel ----- Weiter zweckentfremdete Millionen für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Von Franz Barsig	62
4 - 5	In Österreich will niemand Finanzminister sein ----- Ministerkrise in der Regierungskrise Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	66
6	Umbruch der arabischen Welt ----- Nach dem Militärputsch in Damaskus Von Hans-Eberhard Dingels	39

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG \*\*\*\*\*

In der Freitag-Ausgabe des SPD-Pressedienstes  
(22. 3. 1963) veröffentlichen wir einen Artikel  
von G. M a r k s c h e f f e l  
Deutschland und Frankreich  
-----  
Die Sozialdemokraten und die Versöhnung unserer Völker  
Kurzer Rückblick aus aktuellem Anlass

\*\*\*\*\*

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Kulturaufgaben der Bundesrepublik

in einer finanzpolitischen Gesamtkonzeption

Es geht um die richtige Verteilung der Gewichte  
Von Klaus Helfer

Jahr für Jahr werden im Bundestag immer höhere Haushaltsansätze des Verteidigungsministeriums eingebracht und mit dem Hinweis auf den Ernst der Lage begründet: 10 Milliarden DM 1960, 15 Milliarden DM 1962, 18,4 Milliarden DM sollen es 1963 sein. Schon im letzten Jahr konnte der Bundeshaushalt nur mit Hilfe eines beträchtlichen Länderbeitrages ausgeglichen werden. Es mag die Erinnerung an die harten Auseinandersetzungen mit den Finanzministern der Länder gewesen sein, die den früheren Bundesfinanzminister Dr. Starke diesmal in seiner Etratoche feststellen ließ, daß die Bundesregierung mit dem Verteidigungsbeitrag für 1963 an die Grenze dessen gegangen sei, "was von der Bundesrepublik für die äußere Sicherheit aufgebracht werden kann, ohne daß andere für die politische und wirtschaftliche Entwicklung wesentliche Aufgaben zurückgestellt werden müssen." Damit hat Dr. Starke nachträglich den Standpunkt derjenigen akzeptiert, die immer wieder darauf hinwiesen, daß die Investitionen für Bildung und Erziehung, für Wissenschaft und Forschung zur Sicherung unserer freiheitlichen Lebens- und Gesellschaftsordnung gegen den Anstrom der totalitären Mächte nicht minder wichtig sind als diejenigen Investitionen, die direkt für die militärische Sicherung Verwendung finden.

### Die Kosten der geistigen Rüstung

Solange die Finanzverhandlungen zwischen Bund und Ländern nur auf der einen Seite mit präzisen Zahlen geführt wurden, solange die Länder nicht in der Lage waren, ihrer Verantwortung für die zweite Säule unserer Sicherheit mit der dem Finanzpolitiker allein verständlichen Sprache der einmaligen und fortdauernden Ausgaben Ausdruck zu geben, mußte ihre Position notwendig recht schwach sein. Die jetzt von der Kultusministerkonferenz vorgelegte Vorausberechnung des Finanzbedarfs für die weitere Entwicklung unseres Bildungs- und Erziehungswesens im nächsten Jahrzehnt korrigiert dieses Handikap.

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben auf den Gebieten der Wissenschaftsförderung, des Erziehungs- und Bildungswesens und der allgemeinen Kulturpflege melden die Länder und Gemeinden eine Steigerung ihres Finanzbedarfs von 11 Milliarden DM im Jahre 1962 auf 18,5 Milliarden DM 1967 bis zu 20 Milliarden DM im Jahre 1970 an und fordern, die Kulturausgaben der Länder bei den künftigen Verhandlungen über die Verteilung des Steueraufkommens und die künftige Finanzordnung g l e i c h r a n g i g mit den Verteidigungs- und Sozialausgaben des Bundes zu behandeln.

Der SPD wurde häufig vorgeworfen, sie rücke die Fragen des materiellen Aufwandes für Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Forschung allzusehr in den Vordergrund. Immer wieder mußte sie sich mit der Engstirnigkeit jener Sorte von "Kulturpolitikern" auseinandersetzen, die die Beschäftigung mit Geldfragen als lästige Störung ihrer geistigen Höhenflüge empfinden. Wenn jetzt in einer von allen elf Kultusministern verantworteten Ausarbeitung eine so deutliche Sprache gesprochen wird, wenn die Verantwortlichen für die deutsche Kulturpolitik zu einer der wichtigsten innenpolitischen Weichenstellungen der nächsten Zukunft

gemeinsam eine Haltung einnehmen, die die SPD seit Jahren fordert, lohnt es sich wohl, nach den Gründen zu fragen.

### Das kulturpolitische Fiasko der CDU

Noch im November 1961 beklagten acht bedeutende evangelische Theologen und Laien im "Tübinger Memorandum", das öffentliche Bewußtsein habe bei uns noch nicht begriffen, daß in der Welt des 20. Jahrhunderts das wirtschaftliche Potential und die politische Selbstbehauptung eines Staates vom Stande seines Bildungswesens abhängig sind. Obwohl schon damals alle Fachleute wußten, welche katastrophale Folgen die verfehlte Bildungs- und Wissenschaftspolitik der CDU in Bund und Ländern für den geistigen Haushalt unseres Volkes zeitigen müssen, waren die Befürworter einer umfassenden Reform unseres aus dem vorigen Jahrhundert überkommenen Erziehungs- und Bildungswesens den Verdächtigungen der restaurativen Kräfte unseres Landes ausgesetzt. Das Schicksal des vom Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen vorgelegten "Rahmenplans" zur Schulreform zeigte, wie man unbequeme Vorschläge vom Tisch wischen kann, indem man ihnen "sozialistische" Absichten unterschiebt.

### Am Beispiel sozialdemokratisch regierter Länder

Im letzten Jahr wurden einige wissenschaftliche Untersuchungen bekannt, die sowohl den Bildungsrückstand der Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern als auch ein eindrucksvolles Bildungsgefälle unter den Bundesländern selbst mit nüchternen und unanfechtbaren Zahlen belegten. Es ist wohl für unser naturwissenschaftliches Jahrhundert bezeichnend, daß der Nachweis, wieviel mehr junge Menschen in den von Sozialdemokraten regierten Bundesländern zu mittleren und höheren Bildungsabschlüssen geführt werden als in CDU-regierten Ländern, die Öffentlichkeit stärker beunruhigte als alle Mahnungen der Einsichtsvollen. Die Erfolge, die die SPD in den letzten Landtagswahlen gerade in den bisher konservativsten Gebieten erzielen konnte, mögen zum guten Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Wähler nicht einzusehen vermochten, warum ihren Kindern die Bildungs- und Aufstiegschancen verwehrt bleiben sollen, die von sozialdemokratischen Gemeinden und Ländern in vielfältiger Weise eröffnet werden. Jedenfalls hat sich in der letzten Zeit eine öffentliche Meinung gebildet, die es den konservativen Kulturpolitikern der CDU immer schwerer macht, sich dem Bildungsfortschritt in den Weg zu stellen.

### Mehr Publizität!

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Kultusminister-Konferenz als höchste bildungspolitische Instanz unseres Landes nicht auch alles tun sollte, stärker als bisher das Ohr der Öffentlichkeit zu gewinnen. Die Kultusminister tun weder ihrer Aufgabe noch dem bundesstaatlichen Gedanken einen Dienst, wenn sie im Chor aller um die Finanzmasse ringenden Instanzen bescheidene Zurückhaltung übt. Wer könnte mit größerem Recht als die von ihnen geschaffene Gemeinschaftseinrichtung den "Ernst der Lage" für ihre Forderungen ins Feld führen? Eine finanzpolitische Gesamtkonzeption kann nur im Abwägen der Wichtigkeit und Dringlichkeit aller Staatsaufgaben - gleichviel, ob sie vom Bund, den Ländern oder den Gemeinden zu leisten sind - entstehen. Im Ringen um die richtige Verteilung der Gewichte sollte es eine der vornehmsten Aufgaben der Kultusministerkonferenz sein, die öffentliche Meinung für die wissenschafts- und bildungspolitischen Aufgaben unserer Zeit zu gewinnen.

Ein trübes Kapitel

Weiter zweckentfremdete Millionen für  
das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
Von Franz Barsig

Die Sozialdemokratische Partei hat sich in den letzten Monaten, wenn es um die Tätigkeit des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung ging, weitgehende Zurückhaltung auferlegt. Sie glaubte so handeln zu sollen, weil sie dem neuen Leiter dieses Amtes, Staatssekretär von Hase, Zeit und Gelegenheit geben wollte, sich von Praktiken zu trennen, die unter seinem Amtsvorgänger schon häufig Gegenstand der Kritik gewesen sind.

Aber offensichtlich hat Herr von Hase wenig Veranlassung genommen, um mit Methoden Schluß zu machen, die man auf rheinisch als "Klingelwirtschaft" bezeichnet. Auch bei ihm werden Steuergelder für Propagandatraktätchen verpulvert; auch er duldet, daß der berühmte-berühmte Titel 300 in vielen Fällen für parteipolitische Propaganda ausgenutzt wird. Von Sparsamkeit in diesem Amt kann auch unter seiner Ägide nicht die Rede sein.

\* \* \*

So gibt es beispielsweise den Vorgang, daß das Presseamt für die Herausgabe eines über die westliche Verteidigung berichtenden Reisetagebuches allein mehr als 60.000,-- DM an Honoraren und Reisekosten für die Autoren übernommen hat. Es versteht sich von selbst, daß die Herren Autoren zu einer einschlägigen Richtung gehören. Aber nicht genug damit hat das Amt auch nacher aus beiden Auflagen des Buches 8 000 Exemplare aufgekauft, dafür 88.000,-- DM bezahlt und es planlos an angeblich interessierte Stellen verschickt. Das Buch selbst ist ein Schmarren und nützt der westlichen Verteidigung gar nichts.

Es gibt einen anderen Fall, wo man für einen Pressedienst jährlich 80.000,-- DM ausgegeben hat und ihn dann wieder einstellte, weil er eine unzureichende Wirkung erzielte. Auf diese Idee ist man allerdings erst nach Jahren gekommen, obwohl schon nach den ersten zehn Nummern völlig klar war, daß dieses Geld sinnlos verpulvert wird.

Es gibt eine Vielzahl von Publikationen, die das Presse- und Informationsamt weiter unterstützt, obwohl selbst der Bundesrechnungshof festgestellt hat, daß Bezieherkreis und die Höhe der empfangenen Zuschüsse in keinem Verhältnis zueinander stehen. Diese Ausgaben werden, das ist offenkundig, in erster Linie nicht wegen der Wirksamkeit der Propaganda getätigt, sondern vielfach wegen der Personen, die die finanzielle Förderung erfahren.

\* \* \*

Ein trübes Kapitel ist auch die Verwirtschaftung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen. Nicht nur, daß man bei den NATO-Reisen recht großzügig mit den vorhandenen Geldern verfährt, in vielen Fällen werden auch die falschen Personenkreise unterstützt. Selbst der Bundesrechnungshof ist in diesem Punkt zu der Meinung gekommen, daß nur dann Reisen gefördert werden sollen, wenn die Teilnehmer auf Grund ihres Berufs oder ihrer Stellung im öffentlichen Leben die gewonnenen Einblicke auch auswerten können. Der Bundesrechnungshof hätte diese Feststellung nicht getroffen, wenn es nicht heute so wäre, daß diese Reisen teilweise als CDU-Belohnungsfahrten aufgezogen werden. Es geht dabei aber schließlich um einen Betrag von rund einer halben Millionen DM, den man nicht nur kürzen, sondern auch sinnvoller verwenden könnte.

\* \* \*

Der Haushaltsausschuß des Bundestages wird sich in den nächsten Wochen noch eingehender mit dieser Materie zu beschäftigen haben. Er wird dabei prüfen müssen, ob es wirklich notwendig ist, daß dieses Amt seine Ausgaben wieder steigern und 87,3 Millionen DM verbrauchen muß. Wenn man davon ausgeht, daß dieses Amt 1949 bescheiden mit 870.000,-- DM angefangen hat, dann ist man 1963 bei einem hundertfachen Etatansatz angelangt. Keine andere Dienststelle und kein anderes Ministerium des Bundes haben in dieser rasanten Art und Weise ihre Ansätze erhöht.

Fachleute haben einmal ausgerechnet, daß das Presseamt rund 20 Millionen DM ersparen könnte. Dann müßte es aber endlich einmal Schluss machen mit den Dingen, die nicht in die Presse- und nicht in die Informationsarbeit, sondern in die Propagandatätigkeit fallen. Dann müßte es endlich einmal mit der Subventionierung von Gruppen und Grüppchen und Diensten aufhören, die vorwiegend nicht für die Regierung, sondern für die CDU arbeiten. Zeit genug war dafür für den neuen Amtsinhaber vorhanden.

+ + +

- 4 -

In Österreich will niemand Finanzminister sein

Ministerkrise in der Regierungskrise

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Vor kurzem ergab sich in Österreich die Frage, ob in einer zurückgetretenen Regierung ein Minister von sich aus noch zusätzlich zurücktreten könne: Finanzminister Dr. Josef Klaus sah sich nämlich außerstande, mit dem vor Woche zu Woche gewaltiger werdenden Budgetdefizit fertig zu werden und bot seinen Rücktritt an. Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, dessen Regierung nach den vergangenen Parlamentswahlen zurückgetreten war und nur vorläufig mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt wurde, lehnte den Rücktritt ab. Dr. Klaus ist also noch Finanzminister und das Budgetdefizit ist auch noch da.

"Populärer" Finanzminister

Wegen des Staatshaushaltes ist es in Österreich immer schon zu Reibereien zwischen den beiden Koalitionspartnern, ÖVP und SPÖ, gekommen. So gingen beispielsweise im Jahre 1955 die Auffassungen hierüber derart weit auseinander, daß daran die Regierung scheiterte und Neuwahlen vorzeitig ausgeschrieben werden mußten.

Finanzminister war zu jener Zeit der Ökonomieprofessor Dr. Reinhard Kamitz, der erstmalig den Versuch unternommen hat, als Finanzminister beliebt und populär zu werden. Ansonsten sind solche Minister gewissermaßen von Berufs wegen unbeliebt. Dr. Kamitz hingegen beantragte eine Steuersenkung nach der anderen und fand dabei ungeteilten Beifall, denn wer bezahlt schon gerne Steuern? Allerdings hatte diese Medaille auch ihre Kehrseite: Dem Staatssäckel wurden bedeutende Einnahmen entzogen und außerdem waren die "Steuergeschenke" für die Großverdiener unvergleichlich ergiebiger als für den Durchschnittsbürger. Die zunehmende Verschuldung des Staates und die unsoziale Steuersenkungspolitik waren denn auch oftmals das Ziel heftiger Angriffe der Sozialisten.

"Schwarzer Peter" für die Sozialdemokraten

Nach den für die SPÖ besonders erfolgreichen Parlamentswahlen vom Jahre 1959 stand daher die künftige Finanzpolitik wieder einmal im Mittelpunkt der Parteinauseinandersetzung. Bei der Neubildung der Regierung bot der damalige Bundeskanzler Ing. Julius Raab der SPÖ das Finanz-

ministerium an. Das war ein aufsehenerregender Schritt. Bundeskanzler Raab mag sich gedacht haben: Nun sollen die kritikgewandten Sozialisten zeigen, wie sie das Finanzressort besser verwalten. Auf SPÖ-Seite vermutete man, hier soll vielleicht der "Schwarze Peter" gezogen werden. Der noch entschloß man sich, dafür den einstigen Staatssekretär und jetzigen Außenminister Dr. Bruno Kreisky, einen hervorragenden Wirtschaftsfachmann, zu nominieren; übrigens den gleichen Dr. Kreisky, der bei den jüngsten Verhandlungen um die Neubildung der Österreichischen Bundesregierung der ÖVP ganz besonders unsympathisch war. Allein, aus der Sache wurde nichts. Auf Einspruch des Industriellenverbandes mußte Bundeskanzler Raab sein Angebot, das Finanzministerium den Sozialisten zu übertragen, wieder zurückziehen. Finanzminister wurde ein hoher ÖVP-Finanzbeamter und später der Salzburger Landeshauptmann Dr. Klaus. Dr. Kamitz aber schied damals aus der Regierung aus und wurde Präsident der Österreichischen Nationalbank.

#### "Aufrechte Gesinnung"

Eine Wiener Wochenzeitung, die der ÖVP nahesteht, lobte erst vor wenigen Tagen den seinerzeitigen Rücktritt des Finanzministers Dr. Kamitz und bezeichnete Kamitz in diesem Zusammenhang als einen "Politiker mit aufrechter Gesinnung". Mit der Sachlage besser vertraute Steuerzahler wissen allerdings, daß Dr. Kamitz in der unvergleichlich ruhigeren und gänzlich unangefochtenen Position eines Nationalbankpräsidenten Belüge hat, die ungefähr das Vierfache eines Ministergehalts betragen, so daß neben der aufrechten Gesinnung wohl auch andere Motive für den Rücktritt ausschlaggebend waren.

#### Sie werden ihm "den Nipf nehmen"

Wer immer nun in der neuen Regierung Finanzminister sein wird, dieses Ressort fällt in den Bereich der ÖVP, der wird kein leichtes Leben haben. Dies nicht nur wegen des großen Budgetdefizits und der damit verbundenen Notwendigkeit der Steuererhöhung und der Einsparungsmaßnahmen, sondern vor allem auch deshalb, weil seine eigenen Parteifreunde aus der Landwirtschaft ihm wie man im Wiener Volksmund sagt, "den Nipf nehmen werden". - Die Forderungen der Landwirtschaft nach zusätzlicher staatlicher Subventionierung waren es denn auch, die Finanzminister Dr. Klaus zum Rücktrittsversuch bewogen haben. So sollten die Mittel für den "Grünen Plan", die erst im Vorjahr von 300 Millionen Schilling auf 450 Millionen erhöht wurden, nunmehr um weitere 250 Millionen auf 700 Millionen erhöht werden, obgleich die Subventionen an die Landwirtschaft schon bisher 2,8 Milliarden Schilling ausgemacht haben und nun eher verringert als vermehrt werden sollten, um den österreichischen Staatshaushalt halbwegs wieder in Ordnung zu bringen.



## Umbruch der arabischen Welt

---

Nach dem Militärputsch in Damaskus

Von Hans-Eberhard Dingels

Der Militärputsch in Damaskus hat die politische Landkarte des Nahen Ostens sehr verändert. Dies liegt weniger an der Tatsache, daß an die Stelle des einen Regimes ein anderes getreten ist, als vielmehr an den politischen und ideologischen Begleitumständen der Erhebung in Syrien. In Damaskus sind, wie einen Monat früher im Irak, Vertreter einer Partei an die Macht gelangt, die mit Recht von sich sagen kann, daß sie die einzige politische Gruppierung der arabischen Welt ist, die über Landesgruppen in allen Staaten des Nahen Ostens verfügt.

Die Baath-Partei, oder wie ihr vollständiger Name lautet "Sozialistische Partei der Arabischen Wiedergeburt", gehört zu jener Strömung, in der sich Vorstellungen des arabischen Nationalismus mit den Ideen des Sozialismus im weitesten Sinne vermischen. Diese Partei ist sicher keine Partei von westeuropäischen sozialdemokratischen Typ, doch hat sie andererseits stets Stellung gegen den "Nasserismus" auf der einen und den Kommunismus auf der anderen Seite bezogen. Wenn sich heute in zwei entscheidenden Zentren der arabischen Welt, in Syrien und im Irak, Baathisten in den verantwortlichen Funktionen des Staates befinden, so muß dies als ein bedeutsames Zeichen des inneren Umbruchs der arabischen Welt betrachtet werden.

Ohne Zweifel wird Nasser versuchen, den Aufbruch der Baath-Partei für seine außenpolitischen Ziele dienstbar zu machen, doch ist zu hoffen, daß die Führer dieser Partei, durch bittere Erfahrungen im Umgang mit Nasser und seinen Freunden vor allzu enger Zusammenarbeit mit Kairo bewahrt, den Versuch unternehmen werden, endlich die längst fällige soziale Umgestaltung der arabischen Welt vorzunehmen. Die Zeiten sind vorüber, da ein Anheizen des Nationalismus die verelendeten Massen Arabiens von den materiellen und sozialen Mißständen ihrer Länder abzulenken vermochten.

Durch die Errichtung neuer Regime in Damaskus und Bagdad fühlen sich in erster Linie die Könige von Jordanien und Saudi-Arabien bedroht. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die politische und ideologische Stoßrichtung der Baath-Partei zu einer ernstesten Gefährdung der Throne in Amman und Er-Riad führen wird. Aber nicht nur die feudalen Monarchien im Nahen Osten müssen auf der Hut sein. Auch das autoritäre Regime eines Nasser könnte in den Sog des von den Ideen der Baath-Partei bewirkten Umbruchs im Nahen Osten geraten. Noch ist es zu früh, Voraussagen zu machen, aber die Uhren Arabiens, die Jahrzehnte hindurch von außen gestellt wurden, werden jetzt von arabischen Händen auf eine neue Zeit umgestellt.